



GAP-Umsetzung: Bauern befürchten Bürokratie und Gängelung

GAP-Umsetzung: Bauern befürchten Bürokratie und Gängelung
DBV fordert rasche, praxisnahe und verwaltungseinfache Regelungen
Nach aktuellen Ergebnissen des Konjunkturbarometer Agrar sind 50 Prozent der Landwirte in Deutschland mehr oder weniger stark unzufrieden mit der nationalen Umsetzung der anstehenden Neuregelungen zu den EU-Direktzahlungen. Nur 8 Prozent sind zufrieden und die restlichen 42 Prozent sind sich über die Konsequenzen des neuen Direktzahlungs-Regimes ab 2015 noch nicht im Klaren. Der Deutsche Bauernverband (DBV) zeigt sich über diese Befragungsergebnisse alarmiert und fordert rasche, praxisnahe und verwaltungseinfache Regelungen. Besonders im Hinblick auf die von Landwirten jetzt zu treffenden Herbst-Anbauentscheidungen ist Eile geboten.
Von den 50 Prozent unzufriedenen Landwirten nennen diese als Gründe für ihre Unzufriedenheit vor allem Auflagen, Bürokratie und praxisferne Ausgestaltung der neuen Regeln zu den Betriebsprämien. Obgleich fast alle Betriebe auch wirtschaftlich mehr oder minder stark betroffen sind, werden konkrete betriebswirtschaftliche Argumente für die Unzufriedenheit nur von relativ wenigen Landwirten angeführt. Nur 8 Prozent der Befragten Landwirte geben an, dass sie mit dem Stand der nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zufrieden sind. Als Hauptgründe für die Zufriedenheit werden "umsetzbare Auflagen" oder "geringe Betroffenheit" genannt, besonders bei den Futterbaubetrieben. Nur wenige dieser Landwirte führen als Argument für ihre Zufriedenheit die "politische Ausrichtung" der neuen GAP an.
Die 42 Prozent der befragten Landwirte, die sich weder der Gruppe der zufriedenen noch der Gruppe der unzufriedenen Landwirte zuordnen oder überhaupt keine Einschätzung abgeben, zeigen aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes, dass viele Fragen zur Umsetzung des neuen Systems der Direktzahlungen einschließlich Greening in den Betrieben im Befragungsmonat Juni noch nicht geklärt waren. Die in Kürze erwartete Durchführungsverordnung zu den Direktzahlungen kommt aus Sicht des DBV reichlich spät, und muss noch die Mehrheit im Bundesrat finden.
Das Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar wird vierteljährlich im Auftrag des DBV, des VDMA Fachverbandes Landtechnik und der Landwirtschaftlichen Rentenbank in einer repräsentativen Umfrage ermittelt. Zur aktuellen Befragungsrunde aus Juni 2014 befragte dazu das Marktforschungsinstitut Produkt + Markt rund 1.000 Landwirte und Lohnunternehmer.
Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/31904-407
Telefax: 030/ 31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: <http://www.bauernverband.de>
 http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=572649 width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.